

Update (Stand: 5. Oktober 2022)

Die neuesten Erkenntnisse haben alle, die sich täglich für das Wohl und die Entwicklung der Kinder dieser Stadt einsetzen, tief betroffen gemacht.

Die Bildungsdirektion Wien steht für eine lückenlose Aufklärung dieses Falls, der strengstens untersucht und umfassend aufgearbeitet werden muss. Wir arbeiten hier eng mit allen beteiligten Stellen zusammen, um zu einer vollständigen Aufklärung beizutragen. Insbesondere stehen wir in einem engen Austausch mit der Staatsanwaltschaft, der wir laufend Sachverhaltsdarstellungen und alle uns in diesem Zusammenhang vorliegenden Informationen zur Prüfung etwaiger strafrechtlich relevanter Aspekte übermitteln.

Die Bildungsdirektion hat allerdings keine Akteneinsicht, was den Stand der Ermittlungen betrifft, weshalb wir zu den jüngsten Medienberichten, die täglich neue Informationen in diesem Zusammenhang veröffentlichen, keine näheren Angaben machen können, solange wir diese nicht eigenständig überprüfen konnten. Das Eltern oder Behörden seitens der Bildungsdirektion wissentlich falsch informiert wurden, können wir aber jedenfalls ausschließen.

Wo welche schulischen Versäumnisse im Umgang mit diesem Fall vorliegen, ist derzeit Gegenstand intensiver Erhebungen. Dabei wird strengstens untersucht, welche Stellen welche Informationen wie und an wen weitergeben hätten müssen, damit aus bruchstückhaften Hinweisen ein klares Gesamtbild mit entsprechenden Folgen entstehen kann. Auch dienstrechtliche Konsequenzen werden in diesem Zusammenhang umfassend geprüft. Die dafür eingerichtete Kommission soll außerdem Vorschläge entwickeln, die dazu geeignet sind, derartige Vorkommnisse in Zukunft wirksam zu verhindern. Diese Maßnahmen werden öffentlich vorgestellt, sobald die entsprechenden Erhebungen abgeschlossen sind, was aus derzeitiger Sicht im November der Fall sein sollte.

Es war immer unser Ziel, den Opfern und Betroffenen zu helfen, Fehlverhalten schonungslos aufzudecken und Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Daher hat die Bildungsdirektion inzwischen u. a. alle Schulen dazu verpflichtet, unter Einbeziehung der Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen, ein Kinderschutzkonzept für die jeweilige Schule vorzulegen, das auch eine individuelle Risikoanalyse beinhaltet.